

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Dienstag, 15.05.2018  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:07 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Voß, Silke

#### **SPD-Fraktion**

Haase, Hans-Dieter  
Meinen, Regina

für Elfriede Meyer

#### **CDU-Fraktion**

Ohling, Albert

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Marsal, Andrea

für Jens Claaßen

#### **FDP-Fraktion**

Busch, Friedrich

(17:07 Uhr bis 18:58 Uhr)

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Gembler, Hella  
Grix, Wilhelm  
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

für Karola Fritzsche (bis 17:10 Uhr)  
(ab 17:05 Uhr)

#### **Beratende Mitglieder**

Cuhlmann, Christian  
Ouedraogo, Abdou  
Spannhoff, Dagmar  
Wilts, Elfriede  
Fekken, Okka  
Sprengelmeyer, Thomas

#### **Verwaltungsvorstand**

Bornemann, Bernd

(ab 18:13 Uhr)

#### **von der Verwaltung**

Frein, Markus  
Jaspers, Thomas  
Obes, Schengül  
Szag, Elisabeth

#### **Protokollführung**

Lenzion, Daje

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Voß** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.03.2018

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.03.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Zuschuss an die GnL für die Unterstützung bei der Ausbildung zum Fachpraktiker/zur Fachpraktikerin  
Vorlage: 17/0684

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, vor zehn Jahren sei der Ausbildungsberuf „Fachpraktiker in sozialen Einrichtungen“ im Rahmen eines Bundesprojektes durch die GnL entwickelt worden. Im Konzept sei ein Assessment-Verfahren an der Förderschule installiert worden. In den ersten Jahren seien die Auszubildenden zu 100 % auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden. Insbesondere in Einrichtungen im sozialen Bereich wie beispielsweise Kindertageseinrichtungen und Alteinrichtungen. Die Agentur für Arbeit habe den Bereich der betrieblichen Ausbildung gefördert sowie die Jugendhilfe den außerbetrieblichen Bereich. Der Ausbildungsberuf sei über die IHK anerkannt. In den letzten Jahren sei das Interesse an dieser Ausbildung gesunken. Aktuell seien 3 Jugendliche in der Ausbildung zum Fachpraktiker, die diese im Jahr 2019 bzw. 2020 abschließen werden. Für die kommende Ausbildungsperiode hätten 2 Jugendliche Interesse bekundet. Vor diesem Hintergrund seien die angesetzten 85.000 € Zuschuss nicht mehr notwendig. Die eingesparten Mittel sollen im Rahmen der Jugendsozialarbeit für andere Projekte vorgeschlagen werden. Die Mittel sollen weiterhin im

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Bereich der Ausbildung und Qualifizierung zur Verfügung stehen. Die Vorlage sei selbstverständlich mit der GnL abgestimmt.

**Frau Voß** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Haase** bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Das Programm begleite die Stadt Emden bereits mehrere Jahre und sei sicherlich erfolgreich. Die Reduzierung sei bedauerlich. Er bittet daher um eine Prognose für die nächsten Jahre. Die vom Rat zur Verfügung gestellten Mittel sollen laut Mitteilung in andere Projekte fließen. Er fragt, wofür diese Mittel verwendet werden sollen und ob das auslaufende Projekt ersetzt werde. Es werde immer benachteiligte Jugendliche geben. Insbesondere im Zuge der Zuwanderung müssen die Jugendlichen besonders gefördert werden.

**Herr Sprengelmeyer** erörtert, in den letzten Jahren hätten ebenfalls andere Anbieter weitere theoriereduzierte Ausbildungen angeboten. Die theoriereduzierte Ausbildung werde weiterhin benötigt, um die jungen Leute in den Bereich des Arbeitsmarktes zu integrieren. Es sei ein anerkannter Ausbildungsberuf, der zukünftig gewählt werden könne. Für diese Fälle werde es in entsprechender Form eine Begleitung geben. Die Mittel sollten weiterhin für den Bereich der Ausbildung oder Qualifizierung junger Menschen zur Verfügung stehen. Als Beispiel nennt er das E.ON-Projekt, bei dem eine Finanzierungslücke bestehe.

**Herr Haase** bittet um Auskunft, wie der Gesamtbedarf an theoriereduzierter Ausbildung in Emden sei. Seines Erachtens sei es sinnvoll, diese Reduzierung in nächster Zeit zu einer vernünftigen Evaluation dieses Konzeptes zu nutzen.

**Frau Gemblar** gibt an, bei ihrem Projekt gebe es 18 Teilnehmerplätze. Davon werden vermutlich vier Fälle eine theoriereduzierte Maßnahme besuchen. Ihres Erachtens werde der Bedarf immer größer.

**Herr Sprengelmeyer** sagt zu, die Frage bezüglich der Prognose zum Bedarf mit der Jugendberufsagentur in Verbindung mit den Berufsschulen abzustimmen. Die theoriereduzierten Ausbildungen seien für das System und für die einzelnen Menschen äußerst wichtig und hätten an Bedeutung gewonnen. Das Projekt GnL sei von der Hochschule vor ein paar Jahren evaluiert worden.

**Herr Ohling** erklärt, die theoriereduzierte Ausbildung für die „grünen“ Berufe erfolge zentral in Norden. Er habe selbst einige Auszubildende betreut. Es sei eine enorme Aufgabe, die nicht für jeden Betrieb geeignet sei.

**Frau Marsal** weist auf die Begründung der Vorlage hin. Seit Einführung des Projektes seien bis zum Sommer 2018 60 Jugendliche begleitet worden.

**Beschluss:** Seit 2009 unterstützt die Jugendförderung der Stadt Emden in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit die Gesellschaft zur Förderung nachhaltiger Lebensqualität e. V. (GnL) mit einem Zuschuss bei der pädagogischen Begleitung von Auszubildenden im Ausbildungsberuf Fachpraktiker.

Aufgrund der abnehmenden Zahlen der Teilnehmer wird der jährliche Zuschuss an die aktuelle Nachfrage angepasst.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**TOP 6** Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2019 bis 2023  
Vorlage: 17/0685

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, die Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen müsse mit Ablauf des Monats politisch festgestellt werden. Die Vorschlagsliste werde eine Woche lang öffentlich ausgelegt und anschließend dem Amtsgericht zur Verfügung gestellt. Aufgrund von zwei Änderungen sei den Mitgliedern des Ausschusses eine aktualisierte Liste ausgehändigt worden. Er begrüßt, dass sich Personen aus den Fraktionen sowie Kollegen und Kolleginnen der Stadt Emden als Jugendschöffen zur Verfügung stellen möchten. Dies sei äußerst lobenswert und vorbildlich.

**Frau Voß** bedankt sich für die Erläuterung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Busch** möchte wissen, wie die Vorschlagsliste zustande gekommen sei. Seines Erachtens habe es mehr Vorschläge gegeben. Hausfrauen und Personen, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen, seien unterrepräsentiert. Es hätten sich Kandidatinnen für dieses Amt beworben und seien nicht berücksichtigt worden.

**Herr Frein** gibt an, es seien öffentliche Aufrufe in der Presse erfolgt. Alle Personen die sich gemeldet haben, seien auf der Liste vermerkt. Die Personen hätten ein Anschreiben sowie einen auszufüllenden Bewerbungsbogen erhalten. Es sollten mindestens 26 Personen vorgeschlagen werden. Die Verwaltung habe keine Auswahl getroffen. Die Auswahl treffe das Gericht.

### Anmerkung der Protokollführung:

*Lt. Mitteilung des Fachdienstes Verwaltungsdienste haben sich die von Herrn Busch genannten Personen als Schöffe/Hilfsschöffe (Erwachsenenbereich) beworben.*

**Beschluss:** Dem Amtsgericht Emden werden die in der vorgelegten Anlage der Vorlage 17/0685 aufgeführten Personen als Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen vorgeschlagen.

**Ergebnis:** einstimmig

Dafür: 7  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 1

## **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 7** Sachstandsbericht der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen  
Vorlage: 17/0686

**Herr Sprengelmeyer** erörtert, die Frühen Hilfen würden in Emden seit vielen Jahren intensiv thematisiert und seien bereits mehrmals im Ausschuss vorgestellt worden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den gestrigen Bericht in der ARD. Der Gesetzgeber habe sich aufgrund der vielfältigen Form in den letzten Jahren intensiver mit dem Bereich des Kinderschutzes und den Frühen Hilfen beschäftigt. Die Stadt Emden sei auch aufgrund der äußerst engagierten freien Trägerschaft an dieser Stelle hervorragend aufgestellt. Das Netzwerk habe sich immer weiterentwickelt.

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Frau Obes** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Netzwerkkoordination Frühe Hilfen/Frühe Chancen in Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Sie weist darauf hin, dass die beantragten Fördermittel für das Projekt „Offene Hebammensprechstunde“ nicht genehmigt worden seien. Das Projekt werde somit nicht durch eine Förderung unterstützt.

**Frau Meinen** möchte diesbezüglich wissen, wie das Projekt finanziert werde. Die „Offene Hebammensprechstunde“ sei erst vor wenigen Monaten eröffnet worden.

**Herr Sprengelmeyer** teilt mit, die Hebammensprechstunde werde an einem Tag in der Woche für zwei Stunden angeboten. Die Hebammenleistungen können mit der Krankenkasse abgerechnet werden. Die weiteren Leistungen würden über den Förderverein Kommunale Prävention finanziert.

Anschließend setzt **Frau Obes** die Präsentation weiter fort.

**Frau Meinen** fragt, ob das FiSch-Programm in Emden umgesetzt werde.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, das Programm hätten Kollegen aus Schleswig-Holstein entwickelt und vorgestellt. Das Seminar war äußerst informativ. Das Programm sei in erster Linie im Rahmen von stationärer Jugendhilfe entwickelt worden und werde daher in Emden nicht umgesetzt. Gewisse Ansätze können selbstverständlich in Schulprojekte übertragen werden. Die Familien sollen stärker einbezogen werden. Es werde zurzeit ein Konzept erarbeitet, das möglicherweise zunächst an der Wallschule installiert werde. Es ginge insbesondere um den Bereich der sozial-emotionalen Auffälligkeiten sowie Schulverweigerung. Die Herangehensweise sei sehr restriktiv.

**Frau Obes** setzt die Präsentation weiter fort.

**Frau Meinen** befürwortet das Projekt „Vorlesepaten“. Sie möchte wissen, ob das Projekt an einen Verein angegliedert werde. Des Weiteren bittet sie um Auskunft, welche Kosten entstehen und wie viele Vorlesepaten derzeit eingesetzt werden

**Frau Obes** teilt mit, die Kosten der Qualifizierung sowie die Beschaffung der Materialien sei über das Projekt finanziert. Fahrtgeld oder Wegegeld könne über die Koordination Ehrenamt abgerechnet werden. Der Pool von Vorlesepaten müsse selbstverständlich gepflegt werden. Ebenso müssen stetig Austauschtreffen und Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Das Projekt sei daher an die Koordination Ehrenamt angebunden worden. Sie begleite das Projekt pädagogisch. Koordiniert und organisiert werde es durch Herrn Dübbelde. Bezüglich der Anzahl von Vorlesepaten sagt sie eine Beantwortung über das Protokoll zu.

### Anmerkung der Protokollführung:

*Lt. Mitteilung von Frau Obes gibt es momentan 16 aktive Vorlesepaten an 17 unterschiedlichen Einsatzorten.*

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, Herr Dübbelde weise in ganz vielen Institutionen auf dieses Projekt hin.

Anschließend setzt **Frau Obes** die Präsentation weiter fort.

**Frau Voß** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Herr Sprengelmeyer** bedankt sich ebenfalls für den Sachstandsbericht. Im Rahmen des Kinderschutzkonzeptes sei sehr viel aufgebaut worden. Aus den verschiedenen Bereichen der freien Trägerschaft seien mittlerweile ca. 20 Personen zur „insoweit erfahrenen Fachkraft“ ausgebildet worden, die über die Erziehungsberatungsstelle koordiniert werden. Die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ werden von Kindertagesstätten oder Vereinen angefordert, um einzuschätzen, ob tatsächlich eine Kinderschutzgefährdung vorliege. In Emden sei das Prozedere sehr gut geregelt. Viele Maßnahmen würden heutzutage über Projektförderungen des Bundes und des Landes angeschoben. Frau Obes werde zurzeit zu 100 % über Bundesprojekte finanziert. Der Bund habe das Thema Ende letzten Jahres verstetigt und die dauerhafte Finanzierung übernommen. Aus diesem Grund strebe er in diesem Bereich eine Verstetigung an, um kontinuierlich weiterarbeiten zu können.

**Herr Busch** ist der Ansicht, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einen hervorragenden Dienst leisten. Dadurch können sich die jungen Erwachsenen in Emden sicher und geborgen fühlen. Er bedankt sich bei allen Beteiligten. Im Moment hätten einige junge Familien und insbesondere Frauen Angst, eventuell nicht in Emden entbinden zu können, weil es zu wenig Hebammen gebe. Bisher konnte dies verhindert werden. Laut Vortrag seien im Jahr 2013 junge Menschen ermuntert worden, den Beruf der Hebamme zu ergreifen. Er fragt, ob sich daran tatsächlich Personen beteiligt hätten.

**Herr Bornemann** bittet darum, an diesem Punkt keine Panik zu verbreiten. Die Problematik werde seit vielen Jahren diskutiert und betreffe nicht nur Emden. Es sollte niemand verunsichert werden, sodass junge Mütter nicht mehr das Krankenhaus Emden als Geburtsort auswählen. Es sei bisher verhindert worden, dass zu wenig Hebammen vor Ort waren. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Hebammen. Es werde alles unternommen, dass sich die Situation nicht weiter verschlechtere. Aus diesem Grund bittet er darum, keine Angst zu schüren und zu verursachen. Die Thematik sei selbstverständlich schwierig.

**Herr Busch** weist ausdrücklich darauf hin, dass er keine Verunsicherung verbreiten wolle. Dennoch könne die Situation auftreten und sei Thema bei den jungen Familien.

**Frau Obes** fügt hinzu, es sei tatsächlich schwierig, Hebammen nach Emden zu bekommen. Insbesondere betreffe dies Familienhebammen. Die Hebammen müssen sich hierzu weiterqualifizieren und nochmal in Ausbildung begeben. Die Ausbildung dauere mindestens zwei Jahre und erfordere ein Fortfahren aus Emden nach Hannover. Dies bedeute gleichzeitig Verdienstausschluss. Gewisse Ausbildungsmaßnahmen sollten in der Region Ostfriesland angeboten werden, um den Aufwand und das Pendeln für die Hebammen gering zu halten. Die Ausbildung sollte vor Ort attraktiv gestaltet werden, damit viele Personen diesen Beruf ergreifen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8** Würdigung 40 Jahre AWO-Zeltlager in Grand Camp  
Vorlage: 17/0687

**Herr Sprengelmeyer** berichtet, die Fahrt des AWO Kreisverbandes Emden nach Grand Camp werde seit 40 Jahren durchgeführt. Im Rahmen der Ratsfahrt nach St. Desir werde das Zeltlager seit 15 Jahren regelmäßig besucht. Es werde eine kleine Jubiläumsstunde am 26.07.2018 stattfinden. Die Ratsfahrt werde daher in diesem Jahr einen Tag früher starten, um nachmittags an dem Jubiläum teilnehmen zu können. Das Zeltlager unterscheide sich von anderen Freizeiten, da die Erinnerungsarbeit und die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs im Vordergrund stehen. Das Zeltlager habe eine besondere Bedeutung und werde entsprechend gewürdigt.

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Fallmanagement bei Hochrisikofällen häuslicher Gewalt  
Vorlage: 17/0688

**Herr Frein** erläutert anhand der Vorlage 17/0688 sowie der Anlage die Vorgehensweise zur Gefährdungseinschätzung und zum Fallmanagement bei Hochrisikofällen von häuslicher Gewalt.

**Frau Voß** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Fekken** bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Die Vereinbarung sei zu begrüßen. Für das Bündnis Gewaltprävention sei es ein äußerst wichtiger Baustein im tertiären Präventionsbereich. In der letzten Woche sei die polizeiliche Kriminalstatistik herausgegeben worden. In allen Bereichen sei deutlich geworden, dass die Zahlen rückläufig seien und die Gefährdungen nicht so groß. Laut Statistik lebe man in einem rechtssicheren Land. Die Statistik weise auf den ersten Blick jedoch nicht die Tötungsdelikte im Bereich der häuslichen Gewalt aus. Im Jahr 2017 seien in der Bundesrepublik 366 Frauen im Bereich der häuslichen Gewalt getötet worden. Im Jahr 2016 waren es 10 Frauen weniger. Die Gefährdung für Frauen sei im häuslichen Bereich am größten. Es gehe bei Fortschreiten der Gewaltspirale darum, die Frauen schnell in Sicherheit zu bringen.

**Herr Müller-Goldenstedt** stellt fest, dass die Gewalt von Menschen untereinander, die auf der Straße leben, in der Regel nicht als häusliche Gewalt angesehen werde. Dieser Bereich fehle und sollte seines Erachtens ergänzt werden. Die „Platte“ eines Obdachlosen könne als seine Wohnung betrachtet werden. Es sei dann ebenso häusliche Gewalt, wenn dort Auseinandersetzungen stattfinden. Insbesondere Frauen, die auf der Straße leben, seien Opfer von häuslicher Gewalt. Im Tagesaufenthalt sei häufig festgestellt worden, dass diese Frauen aus Scham nicht ins Frauenhaus gehen. Die Frauen gehen eher eine andere prekäre Beziehung ein, wo sie oftmals den gleichen Situationen ausgesetzt seien. Aus diesem Grund schlägt er vor, den sekundären Kreis um einige Einrichtungen aus dem Fachbereich Gesundheit und Soziales zu erweitern. Als Beispiel nennt er den Tagesaufenthalt oder Drops.

**Frau Marsal** bedankt sich für die Ausführungen. In den letzten Tagen sei in den Medien die Zuständigkeit und Fallzahlen der einzelnen Sozialarbeit in Jugendämtern diskutiert worden. Oft sei die Überlastung der Sozialarbeit herausgestellt worden. Sie möchte wissen, wie viele Fälle es in Emden gebe und ob sich die Sozialarbeiter im Jugendamt überhaupt noch aufgrund der Anzahl intensiv um die Familien kümmern können. Laut der Koblenzer Studie sei es sinnhaft, dass ein Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin sich um 35 Familien kümmere. Es gebe jedoch teilweise einen Durchschnitt von 80 bis 100 Fällen. Eine sinnvolle und professionelle Sozialarbeit sei dann nicht möglich.

**Herr Bornemann** begrüße selbstverständlich die Verbesserung von Prozessen. In den gestrigen Berichterstattungen sei zum Ausdruck gekommen, dass Kommunen aufgrund der finanziellen Verhältnisse einige Dinge nicht tun würden. Für Emden weise er ausdrücklich darauf hin, dass keinerlei Hilfemaßnahmen aus finanziellen Gründen unterlassen werden. In Emden werde nach Notlage und Hilfeerfordernis entschieden.

**Herr Sprengelmeyer** weist bezüglich den Fallzahlen darauf hin, dass es ganz entscheidend sei, um welche Fälle es sich handle. In diesem Gremium sei bereits in nicht öffentlicher Sitzung über einige Fälle berichtet worden. Teilweise sei das Jugendamt bzw. der Soziale Dienst bei dramatischen Inobhutnahmen für eine Woche komplett eingebunden. Als Beispiel nennt er eine hohe Anzahl von betroffenen Kindern in der Familie. Die Kollegen und

## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Kolleginnen arbeiten immer gemeinsam. Die Bewertung der Fallzahlen sei somit äußerst schwierig. Bei Trennung oder Scheidung erfolge für das Gericht meist nur eine Einschätzung zum Umgang. Einige Fälle seien bereits nach zwei bis drei Beratungen erledigt, da keine intensiven Hausbesuche durchgeführt werden müssen. Die einzelnen Fälle müssten daher unterschiedlich bewertet werden. Die Verwaltung beschäftige sich natürlich seit Jahren sehr detailliert mit den Zahlen. Das Jugendamt betreue ungefähr 500 laufende Fälle. Dies seien die monetären Fälle. Mit Erstkontakten seien es 1.000 Fälle. Eine Nennung einer Anzahl pro Mitarbeiter sei an der Stelle äußerst schwierig. In der Mitarbeiterschaft herrsche ein funktionierendes Klima. Die Krisen in den letzten Monaten und Jahren seien hervorragend bewältigt worden. Selbstverständlich könnten mit ein oder zwei zusätzlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern intensivere Hausbesuche durchgeführt werden. Die Arbeit und Qualität sei absolut hervorragend. Dies sei seitens des Vorstandes und im politischem Rahmen finanziell noch nie in Frage gestellt worden.

**Herr Frein** ergänzt, natürlich werden von der Verwaltung Zahlen erhoben. Für einen Vergleich der Zahlen müsse zunächst die Grundlage der Studie bekannt sein. Die Verwaltung werde zunächst die Studie genauestens analysieren. Anschließend könne eine Zahl benannt werden. Für einen aussagekräftigen Vergleich werde genügend Zeit benötigt. Er bedankt sich für das Lob an den Fachdienst und die Anerkennung der Arbeit. Es habe keine Situation gegeben, in denen aus finanziellen Gründen Maßnahmen nicht erfolgt seien. Diese müssen natürlich immer gerechtfertigt sein. Die Unterstützung des Vorstandes habe es immer gegeben. Seines Erachtens sei der Fachdienst in Bezug auf das Personal gut ausgestattet.

**Frau Marsal** weist ausdrücklich darauf hin, dass die Frage nicht darauf zielte, Personal zu kürzen, zu streichen oder Kritik zu äußern. Es war ihrerseits eine neutrale Frage, wie viele Fälle pro Person bearbeitet werden.

**Herr Ohling** ist der Ansicht, dass die Anzahl der Fälle pro Mitarbeiter überhaupt nichts über die Arbeitsbelastung aussagen würde. Dies sei immer fallunterschiedlich.

**Frau Meinen** merkt an, der Kinderschutzbund besetze für die Stadt Emden das Notfalltelefon. Seit dem im Sozialen Dienst zwei Stellen aufgestockt worden seien, sei es am Notfalltelefon ruhiger geworden. Der Soziale Dienst und die Erziehungsberatungsstelle sei gut aufgestellt. In diesem Zusammenhang spricht sie allen beteiligten Stellen und dem Netzwerk ein Lob aus. Überall und jederzeit müsse auf Gewalt bei Kindern und Erwachsenen geachtet werden.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, in den letzten Jahren habe immer die Nichtbesetzung von Stellen zu Engpässen geführt. Natürlich gebe es eine gewisse Fluktuation, da es eine äußerst anspruchsvolle Arbeit sei. Die Mitarbeiter entscheiden über Existenzen der Eltern und Kinder. Es sei eine hohe Belastung. Die anderen Kollegen übernehmen bei Ausfall die dringenden Fälle. In diesen Situationen entstehe eine erhebliche Belastung. Die allgemeine Entwicklung könne durchaus dazu führen, dass die Anzahl der Mitarbeiter nicht mehr ausreiche. Mittlerweile gebe es im Bereich der Kindertagesstätten Kinder, die aufgrund ihres Verhaltens von der Kita suspendiert werden.

**Herr Frein** bestätigt, dass im sekundären Kreis über eine Erweiterung nachgedacht werden sollte. Dieser sekundäre Kreis sei beispielhaft genannt. Über die Bedeutung und Definition der häuslichen Gewalt sollte gesprochen werden. Eine Beteiligung des Tagesaufenthalts sei durchaus denkbar und vom Fall abhängig.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.



## Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**TOP 10**            Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Sprengelmeyer** teilt mit, Herr Ubben sei nicht mehr im Fachbereich Jugend, Schule und Sport tätig. Er übernehme auf eigenen Wunsch die Fachdienstleitung des Fachdienstes Straßenverkehr im Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice.

**TOP 11**            Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.